

Jahresbericht 2010

BSPV
APEB

www.bspv.ch



Editorial



Das Personal zeigt die rote Karte.

Staub

Lohnverbesserung in allerletzter Minute

Der BSPV soll kämpferischer werden. Viele hatten lange Geduld. Nun fordern die Mitglieder vehement Verbesserungen. Grossrat und Regierungsrat haben dies erkannt.

Von der Geschäftsleitung des BSPV

In letzter Minute hat der BSPV erreicht, dass für Lohnmassnahmen mehr Mittel eingestellt wurden. Mit einer dringlichen Motion forderten die Grossräte Peter Bernasconi, Matthias Burkhalter und Blaise Kropf, dass mehr Mittel im Budget 2011 bereitgestellt werden. Die Motion wurde in der unverbindlichen Form eines Postulats mit 95 zu 49 Stimmen überwiesen.

Der Regierungsrat erhöhte daraufhin die finanziellen Mittel. Anstatt bloss den Teuerungsausgleich von 0,7% gab es zusätzliche individuelle Gehaltsaufstiege. Die Mittel reichten für einen Anstieg von durchschnittlich fast zwei Gehaltsstufen. Die zahlreichen positiven Rückmeldun-

gen zeigen, dass dies als Verdienst der Personalverbände ausdrücklich anerkannt wurde. Einige verdiente Mitarbeiter haben jedoch keinen individuellen Lohnanstieg erhalten. Für diese ist die Lohnrunde bitter, denn im Teuerungsausgleich sind die Anstiege bei den Sozialversicherungsbeiträgen und den Krankenkassenprämien nicht enthalten. Wer keine Gehaltsstufe erhalten hat, hat 2011 weniger Geld im Portemonnaie als im Vorjahr.

Der BSPV hat etwas erreicht. Genug ist das aber noch nicht. Positiv ist, dass der neu gewählte Grossrat und der Regierungsrat erkannt haben, dass die Lohnpolitik der letzten zehn Jahre gescheitert ist.

2 Lohnentwicklung

Das Lohnsystem ist gescheitert

Das BEREBE-Lohnsystem war gut angedacht, vernünftig konzipiert und scheiterte über all die Jahre an der verweigerter Finanzierung.

4 Pensionskassen

Gesamtlösungen noch nicht in Sicht

Aufgezwungener Primatwechsel, Änderungen des Bundesrechts, ungenügende Performance. Die Pensionskassen bereiten Sorge.

6 Verbandsorgane

Erfolg dank aktiver Sektionen

Die Mitgliederbasis fühlt sich von den Sektionen und vom Gesamtverband gut vertreten. Dies motiviert und bringt Erfolg.

Hinweise

Positive Mitgliederentwicklung

Der BSPV konnte auch im Jahr 2010 einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Dank den zusätzlichen 128 Mitgliedern kann der BSPV noch stärker auftreten. Details auf Seite 8.

Jahresrechnung 2010

Die Verbandsrechnung 2010 schliesst erfreulicherweise mit einem Gewinn ab. Die Details finden Sie auf den Seiten 10 und 11.



Die Sanierung der Kantonsfinanzen erfolgte auf dem Buckel des Personals.

Staub

Das BEREBE-Lohnsystem liegt in den letzten Zügen

Seit dem 1. Januar 1997 gilt für das Personal der bernischen Kantonsverwaltung die Gehaltsordnung BEREBE. Der BSPV war seinerzeit sehr skeptisch, ob es dem Regierungsrat gelingen würde, die hoch gesteckten Ziele zu erreichen. Inzwischen herrscht Klarheit.

Mit sehr viel gutem Willen und enormem Aufwand wurde 1997 eine neue Gehaltsordnung eingeführt. 13 000 Mitarbeitende wurden in ein neues System überführt, von dem sich alle Beteiligten viel versprachen: Gerechtigkeit, Willkürfreiheit, Nachvollziehbarkeit, Flexibilität und Entwicklung. Leider konnten nicht alle Vorgaben erfüllt werden. Niemand konnte vor 13 Jahren abschätzen, wie die finanziellen Prioritäten in den Folgejahren gesetzt würden. Niemand rechnete damit, dass die Systemvorgaben in keinem der Folgejahre eingehalten werden könnten.

Das 1997 verabschiedete siebte Sparpaket LSP (Legislatur-sanierungsprogramm 1999–2002) sah zwar Sparmassnahmen in 28 Aufgabenfeldern und 40 Untergruppen vor. Nicht absehbar war allerdings, dass weitere Sparpakete für die Folgejahre anstanden. Für das Personal sollte das neunte Sparpaket SAR (Strategische Aufgabenüberprüfung) das entscheidendste werden. Mit der sogenannten «unechten SAR-Massnahme» des Jahres 2002 wurde das Lohnsummenwachstum auf 1,0 Prozent festgelegt. Und zwar für ein Jahr und ohne Rücksicht auf die effektive Jahreststeuerung. Beibehalten

wurde die Beschränkung auf 0,5% Teuerungsausgleich und 0,5% für den Stufenanstieg bis ins Jahr 2006. Gleichzeitig wurden die Fluktuationserträge für Lohnmassnahmen gestrichen und Korrekturfaktoren für die Personalkostenbudgetierung eingeführt. Mit solch rigiden Massnahmen wurde jede vernünftige Lohnpolitik beerdigt und die Lohnentwicklung in die Sackgasse geführt.

Ebenso einschneidend war die Abschaffung des fälschlicherweise «automatisch» genannten Erfahrungsaufstiegs. Mit bloss wenigen hundert Stimmen Unterschied wurde der Volksvorschlag

der Personalverbände am 28. November 2004 knapp abgelehnt.

Dass mit der massiven Reduktion der Lohnentwicklung die Kantonsfinanzen saniert wurden, zeigen die Ertragsüberschüsse ab dem Rechnungsjahr 1998. Fast immer sah der Voranschlag einen Aufwandüberschuss vor, der dann nicht eintrat. Nicht enthalten sind in den zum Teil erheblichen Ertragsüberschüssen die Einlagen in Spezialfinanzierungen (Spitalinvestitionsfonds). Ohne diese Reservebildungen wären die Ertragsüberschüsse insbesondere in den Jahren 2007–2010 noch höher gewesen.

Scheitern wurde erkannt

Im November 2010 hat der Regierungsrat nach einer umfassenden Analyse das Scheitern der Gehaltspolitik der letzten Jahre erkannt und dem Grossen Rat und dessen Aufsichtskommissionen darlegt. Mit etlichem Staunen wurde zur Kenntnis genommen, dass beim Personal insgesamt 3,6 Milliarden Franken weggespart worden sind. Die Personalverbände hatten längst auf diese Entwicklung hingewiesen, fanden aber mit ihren daraus abgeleiteten Forderungen noch zu wenig Gehör. Dass nun ausgerechnet in Zeiten der weiteren Schuldenkonsolidierung, der Steuerreduktionen und der allgemeinen Mittelverknappung das Steuer herumge-



Vom 1. Juli 2004 bis am 31. Dezember 2010 setzte Peter Staub als Assistent und Stellvertretender Geschäftsführer Akzente. Das neu gestaltete diagonal und der farbige Geschäftsbericht sind sein Verdienst.

Argumentation des Grossrats gescheitert

Die unten aufgeführten seinerzeitigen Argumente der Ratsmehrheit zur Abstimmung vom 28. November 2004 erwiesen sich als komplette Illusion und die abgegebenen Versprechungen konnten nie eingehalten werden:

- Ziel der Vorlage ist die Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs und damit eine Chancengleichheit für alle Kantonsangestellten auf eine Leistungshonorierung.
- Die Aufhebung des Erfahrungsaufstiegs hat nichts mit Geringschätzung des Personals zu tun.
- Wenn nur 1 Prozent Lohnsummenwachstum zur Verfügung steht, bleibt heute die Leistung gänzlich unberücksichtigt. Das führt bei Leistungsträgern und Kader zu Enttäuschungen.
- Nur wer eine gute Leistung erbringt, erhält mehr Lohn.
- Es stört, wenn die überdurchschnittliche Leistung eines Mitarbeiters nicht honoriert werden kann.
- Der Kanton braucht auch in Lohnfragen Flexibilität für das gesamte Personal.
- Mit dem Leistungssystem wird ja die Erfahrung mitberücksichtigt: Denn mit der Erfahrung steigt auch die Leistung. Die Erfahrung ist also in der Leistung enthalten.

rissen werden soll, stellt die Verantwortlichen vor ausserordentlich hohe Herausforderungen. Kurz, der Kanton Bern wird sich nicht mehr alle bisherigen Ausgaben leisten können und bei den Investitionen und insbesondere bei der Übernahme neuer Aufgaben Mass halten müssen. Auch der Grosse Rat sollte die durch parlamentarische Vorstösse ausgelösten Zusatzausgaben erheblich reduzieren.

Grossratswahlen 2010

Der BSPV hatte seinen Mitgliedern für die Grossratswahlen vom März insgesamt 19 Verbandsmitglieder aus verschiedenen politischen Parteien zur Wahl vorgeschlagen. Elf davon wurden gewählt. Die meisten davon auf den Spitzenplätzen ihrer Listen. Das Engagement unserer Verbandsexponenten im Parlament wird offensichtlich honoriert.

Wie sich die neue Zusammensetzung des Grossen Rates für die personalpolitischen Belange auswirken wird, muss sich noch zeigen. Den Härtetest hat das Parlament bei der Überweisung des Postulats Burkhalter-Bernasconi betreffend Lohnsummenwachstum 2011 auf jeden Fall schon einmal bestanden.

Vergünstigungen für das Personal

Artikel 93a des Personalgesetzes sieht vor, dass dem Personal Vergünstigungen

bis zu fünf Promille der jährlichen Gehaltssumme gewährt werden können. Dies namentlich für die Finanzierung von Personalanlässen, die Verbilligung von Abonnementen des öffentlichen Verkehrs und die Bereitstellung von Krippenplätzen. Eine gute Idee. Für das Jahr 2009 wurden bloss 1,5 Promille zur Verfügung gestellt. Das reichte pro Kopf für 90 Franken. Das wurde geschätzt.

Im Berichtsjahr wurde der Beitrag für Vergünstigungen auf null Prozent gesetzt. Das Weihnachtessen musste also aus dem eigenen Sack bezahlt werden. Ob das in der viel gerühmten Privatwirtschaft wohl auch überall so ist?

Lohnforderungen 2010

Die Personalverbände des Kantons Bern fordern seit Jahren den vollen Teuerungsausgleich, einen individuellen Lohnanstieg von durchschnittlich drei Gehaltsstufen sowie Sondermassnahmen für Mitarbeitende, die trotz guter Leistungen unter der Bandbreite eingereiht sind. Dazu kommen das berechnete Anliegen nach fünf Wochen Ferien für alle und die Forderung nach qualitativ guten Arbeitsbedingungen. Die Forderungen des BSPV wurden von den Medien gut aufgenommen. Sie gelten als vollumfänglich berechtigt, wenn die Finanzierung sichergestellt werden kann.



Eugen Schneider, Präsident der Rentnervereinigung, zeigt den richtigen Weg.

Burkhalter

Pensionskassen machen immer noch Sorgen

Die Bernische Pensionskasse BPK und die Bernische Lehrerversicherungskasse BLVK haben weiter mit einer erheblichen Deckungslücke zu kämpfen. Dazu steht die Umsetzung neuen Bundesrechts an. Und der geplante Primatwechsel macht seit Jahren zusätzliche Sorgen.

Die FUTURA-Projektleitung, die Modelle für einen Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat erarbeiten soll, hat im Berichtsjahr von der Finanz- zur Erziehungsdirektion gewechselt. Da der langjährige Projektleiter Urs Gasche als Finanzdirektor zurückgetreten ist, ging die Leitung nach reiflichen Abwägungen des Regierungsrates an den Erziehungsdirektor Bernhard Pulver über. Dieser verfügt als seinerzeitiger Leiter der Parlamentarischen Untersuchungskommission zur Pensionskassenkrise und als bisheriger stellvertretender Projektleiter über grosse materielle Kenntnisse. Der

Wechsel wurde von den Personalverbänden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, werden doch neu die Argumente beider Seiten einander ausgewogener gegenübergestellt.

Da es für einen Primatwechsel zwei Gesetzesrevisionen braucht, ist bereits eine parlamentarische Begleitgruppe eingesetzt. Normalerweise wird eine solche erst gebildet, wenn der Entwurf eines neuen Gesetzes durch den Regierungsrat verabschiedet ist. Der Primatwechsel ist aber dermassen komplex, dass die Grossratsmitglieder bereits sehr früh in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden.

Auch in dieser Kommission hat es wegen der Wahlen 2010 erhebliche Änderungen gegeben. Viele Mitglieder sind neu und müssen sich mit der Materie erst vertraut machen.

Die Verwaltungskommissionen der beiden Kassen mussten sich im Berichtsjahr zu den folgenden Themen äussern:

- technische Parameter
- Verlauf des Sparplans
- Höhe der Alters- und Risikoleistungen (Tod, Invalidität)
- Übergangseinlagen für die Altersleistungen

Entwicklung des Deckungsgrads:

	BPK	BLVK
31.12.05	108,0%	86,4%
31.12.06	109,0%	89,6%
31.12.07	104,7%	88,6%
31.12.08	87,3%	73,5%
31.12.09	90,1%	82,1%
31.12.10	88,1%	78,8%

Zudem standen Beschlüsse zu Fragen wie Einführung einer Lebenspartnerrente, Auszahlung eines Todesfallkapitals, Höhe der Eintrittsschwelle, Einführung mehrerer Sparpläne usw. zur Diskussion.

Bei einigen Betroffenen setzt sich der Eindruck durch, dass ein Primatwechsel derart viele neue Probleme schafft, dass dadurch die Umsetzung äusserst problematisch und teuer wird. Möglicherweise sind andere Projekte für den Kanton wesentlich dringender.

Der BSPV wird sich weiterhin mit allen Mitteln gegen einen unüberlegten Primatwechsel zur Wehr setzen. Die Mitgliederbefragung 2010 hat gezeigt, dass dies von 81,9 Prozent der Stimmenden so gefordert wird.

Ungenügender Deckungsgrad

Pensionskassen mit einem Deckungsgrad unter 100% können auf Dauer nicht alle versprochenen Leistungen finanzieren. Wenn der Staat das Geld für diese Deckungslücke garantiert, dann ist die Lage nicht dramatisch. Aber selbst dann sollte die Lücke eigentlich geschlossen werden.

Im Jahr 2010 ist es weder der BPK noch der BLVK gelungen, den Deckungsgrad zu erhöhen. Das katastrophale Loch aus dem Jahr 2008 ist noch nicht geschlossen (siehe Kasten).

Teuerungsausgleich auf den Renten

An der Delegiertenversammlung der BLVK vom 19. Mai 2010 wurde ein Antrag des Wahlkreises Berner Jura gutgeheissen, der forderte, dass die gesetzlichen Grundlagen geändert werden, damit fortan ein Teuerungsausgleich auf den Renten

gewährt werden könne. Dies ist ein Anliegen, das auch die Rentnervereinigung des BSPV mit Nachdruck fordert.

Enorme Kostenerwartungen

Bei einem Primatwechsel sollten beide kantonalen Pensionskassen einen Deckungsgrad von 100% aufweisen und über Wertschwankungsreserven verfügen. Die Projektleitung schätzte deshalb die Kosten für einen Primatwechsel im Dezember auf drei bis vier Milliarden Franken. Für die Behebung der Unterdeckung braucht es 2,6 Milliarden, für die Wertschwankungsreserven eine weitere Milliarde und dazu noch eine halbe Milliarde für die Übergangskosten. Gute Pensionskassenlösungen stellen möglicherweise das grösste Problem der eben angefangenen Legislatur dar.

Detaillierte Informationen zum Verlauf des Projekts FUTURA finden sich unter: www.erz.be.ch/futura.

Umstrittene Partnerrente

Etliche Verbandsmitglieder fordern mit Nachdruck die Einführung einer Partnerrente durch die Pensionskasse. Andere drohen mit dem Verbandsaustritt, wenn sich der BSPV allzu stark für neue Leistungen einsetzt. Ihr Argument: wer weniger Steuern zahlt, soll nicht doppelt profitieren.

Klar ist, dass das Bundesgesetz eine solche freiwillige Leistung ermöglicht. Viele Kassen haben den modernen Lebensformen Rechnung getragen. Sei dies durch eine Lebenspartnerrente oder eine Todesfallkapitalzahlung. Ebenso klar ist, dass jede neue Leistung bezahlt werden muss. Und zwar durch alle Aktiven. Wie weit die Solidarität unserer Mitglieder in diesem Bereich geht, wird der BSPV abklären.

Das Thema wurde im Jahr 2010 zu Recht aufgegriffen. Es muss in nächster Zeit auf Verbandsebene besprochen werden. Und dann braucht es noch eine neue rechtliche Grundlage. Und wie immer auch noch viel Geld.

Glossar typischer Begriffe

Beitrags- und Leistungsprimat:

Im Leistungsprimat wird die Altersrente als Prozentsatz des letzten versicherten Lohns definiert. Allerdings nur, wenn die entsprechenden Beiträge voll einbezahlt wurden. Im Beitragsprimat ergibt das angesparte Altersguthaben, multipliziert mit dem festgelegten Umwandlungssatz, die Altersrente. Die BPK und die BLVK zahlen ihre Renten zurzeit im Leistungsprimat.

Technischer Zinssatz: Der technische Zins ist der Zins, der in Zukunft auf dem verbleibenden Kapital im Durchschnitt erwirtschaftet werden muss, um den Verpflichtungen nachzukommen. Je tiefer der technische Zinssatz gewählt wird, desto mehr Kapital muss zur Deckung der Vorsorgeleistungen bereitgestellt werden. Der technische Zinssatz der kantonalen Kassen wurde per 1. Januar 2010 von 4,0 auf 3,5 Prozent gesenkt. Gleichzeitig wurden die ordentlichen Beiträge bei der BPK um 2,2 Prozent erhöht. Die Arbeitnehmer werden mit 0,8 Prozent zusätzlich belastet. Bei der BLVK erfolgte keine Änderung.

Deckungsgrad: Der Deckungsgrad zeigt das Verhältnis zwischen dem Deckungskapital, das für die Sicherstellung aller Renten zur Verfügung stehen müsste, und dem effektiv vorhandenen Anlagekapital. Ein Deckungsgrad unter 100 Prozent bedeutet, dass eine Finanzierungslücke besteht. Diese kann durch zusätzliche Erträge oder Beiträge geschlossen oder durch eine Staatsgarantie abgesichert werden.

Umwandlungssatz: Der Umwandlungssatz wird nur im Beitragsprimat angewendet. Die jährliche Rente besteht aus der Multiplikation des Umwandlungssatzes mit dem angesparten Kapital. Von der Veränderung dieses Satzes sind nur neue Renten betroffen.



Kantonsangestellte schauen genau hin.

Staub

Die Mitsprache der Mitglieder ist auf allen Ebenen gefordert

Mit einer Befragung fühlte die Verbandsleitung den Puls der Mitglieder. An den Sektionsversammlungen wird Klartext gesprochen. Meldungen an die Geschäftsstelle werden ernst genommen. Der BSPV will das tun, was von ihm erwartet wird. Auch wenn nicht alle das Gleiche fordern.

Ein Mitglied bezeichnet den BSPV als «Hobbyverein» und gibt seinen Austritt. Gründe nennt es zwar keine. Das macht betroffen. Etliche Grossräte empfinden den BSPV als zu forsch. Das wollen wir doch hoffen. Und ganz viele Mitglieder senden Dankeskarten, ermunternde E-Mails oder drücken ihre Befriedigung auf andere Art aus. Das freut uns. Sehr sogar.

Diese Rückmeldungen der Mitglieder sind die Basis für das Handeln der Verbandsorgane. Der wachsende Unmut über die Anstellungsbedingungen des Kantons Bern wurde gut gehört. Er hatte Auswirkungen auf das Auftreten des BSPV im Jahr 2010 und wird 2011 zu weiteren Massnahmen führen. Durch das erneute Wachsen des Verbands und die gedeihliche Entwicklung auf allen Ebenen wird der BSPV gestärkt auftreten können.

Geschäftsleitung

In unveränderter Besetzung traf sich die neunköpfige Geschäftsleitung zu acht Sitzungen. Noch immer ist bloss eine Frau im strategischen Führungsorgan des Verbands vertreten. Und das jüngste Mitglied ist 47-jährig. Die Verbandszusammensetzung wird dadurch nicht direkt widerspiegelt. Die Kontinuität ist aber wichtig und zeigt auf, dass der Einsatz in der Geschäftsleitung geschätzt wird.

Die Geschäftsleitung liess im Berichtsjahr ihr Finanzwesen durch zwei externe Studien analysieren und nahm kleine Korrekturen vor. Aus der Novemberretraite 2009 und der Mitgliederbefragung 2010 wurden die notwendigen Folgerungen umgesetzt. Zudem beschloss die Geschäftsleitung den Beitritt zum Verein «Berufsschule für Verwaltung Bern» so-

wie zum Verein «Gewerkschaftliches Netzwerk 2. Säule» per Jahresbeginn 2011. Weit weniger als üblich standen Vernehmlassungen zur Diskussion. Dies auch, weil dem BSPV wichtige Personalgeschäfte nicht immer zum Mitbericht unterbreitet werden. So zum Beispiel die neue Spesenregelung für die Strassenmeister.

Rechtsschutz

Der Ausschuss Rechtsschutz behandelte an acht Sitzungen 54 Rechtsschutztraktanden. Die rechtlichen Auseinandersetzungen nehmen zu, obwohl durch Vermittlungen der Geschäftsstelle sehr gute Resultate erzielt werden können. Sorge bereitet die Weigerung von Versicherungen, die Leistungspflicht zu anerkennen. Auseinandersetzungen im Be-

reich der sozialversicherungstechnischen Leistungspflicht sind komplex und führen zu langjährigen Verhandlungen. Der BSPV leistet in diesem Bereich, an den vor allem jüngere Kantonsangestellte selten denken, mit externer Unterstützung Beachtliches. Zudem führte die Umsetzung der Justizreform zu absehbaren Differenzen. Zu etlichen Schwierigkeiten führen ausnahmsweise auch die Berufungen von Kaderleuten aus der Privatwirtschaft. Allzu forscht wird oft an bestehendem Recht vorbei bestimmt.

Zentralvorstand

Der Zentralvorstand versammelte sich im April in Bern und im Oktober in Thun. An der Frühlingszusammenkunft wurde Finanzdirektor Urs Gasche verabschiedet. Er war ein harter aber fairer Verhandlungspartner. Personalpolitisch wurde in seiner Amtszeit zu wenig erreicht. Der Schuldenabbau, die Steuersenkungen und die hohe Investitionstätigkeit hatten höhere Priorität als die Gehaltsentwicklung. In qualitativen Bereichen wurde die Personalentwicklung allerdings vorangetrieben.

Im Oktober sprach sich der Zentralvorstand in einer Konsultativabstimmung für Kampfmassnahmen im Jahr 2011 aus. Ein Zeichen für die Geschlossenheit ist, dass dieser Entscheid mit nur einer Gegenstimme gefasst wurde.

Für das 100-jährige Jubiläum im Jahr 2012 wurde ein Kredit von 100 000 Franken genehmigt. Der BSPV soll einen starken Auftritt haben und Stärke zeigen.

An beiden Versammlungen fand die Berichterstattung der Geschäftsleitung die hohe Aufmerksamkeit der zahlreich vertretenen Mitglieder des Zentralvorstands. Der Rechtsschutz und die Standespolitik mit den Schwerpunkten Pensionskassen und Lohnentwicklung standen dabei im Zentrum des Interesses.

Abgeordnetenversammlung

Traditionsgemäss fand die Abgeordnetenversammlung im Juni im Rathaus in Bern statt. Es nahmen 113 Stimmberechtigte und etliche Gäste teil. Mit markanten Worten wies Regierungsrat Hans-Jürg Käser in seinem Referat «Der Kanton Bern

als Arbeitgeber – Erwartungen und Spannungsfelder» auf die Stärken und Schwächen im Personalbereich hin. Seine personalpolitischen Forderungen deckten sich weitgehend mit jenen des BSPV. Der Applaus der Anwesenden setzte ein deutliches Zeichen der Anerkennung.

Neben den ordentlichen Geschäften verabschiedete die Abgeordnetenversammlung das überarbeitete Reglement für Wahl- und Abstimmungsempfehlungen. Diskussionslos wurde zudem eine Resolution zugunsten der Angestellten der Stadt Bern verabschiedet. Ohne Konsultation der Sozialpartner hatte die städtische Legislative das Rentenalter von 63 auf 65 Jahre zu erhöhen versucht.

Erfreulicherweise konnte mit der Sektion «Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs des Kantons Bern» erneut eine aktive neue Gruppe in den Verband aufgenommen werden.

Im Anschluss an die Versammlung ehrte der BSPV rund zwei Dutzend anwesende Verbandsmitglieder für ihre 40-jährige Verbandsmitgliedschaft.

Sektionen

Die Sektionen bilden das Rückgrat des Verbands. Aktive Präsidentinnen und Präsidenten erkennen Probleme, führen Verhandlungen, leiten Begehren an die Geschäftsstelle, die Verbandsleitung oder an die Behörden weiter. Der BSPV kann nur von innen heraus gedeihen.

Durch den Abschluss der Justizreform war der «Verband bernischer Richterinnen und Richter» stark gefordert. Er formierte sich neu unter dem Namen «Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte». In anderen Kantonen sind Richterinnen und Staatsanwälte in getrennten Organen vereint. Nicht so im Kanton Bern. Auch das ist ein Zeichen der Stärke und des Willens zur Zusammenarbeit.

Wer der Meinung ist, die Zeit der Reorganisationen sei abgeschlossen, täuscht sich. Für das Jahr 2012 steht die Kantonalisierung der «Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft» an. Aus dem bereits heute der Berner Fachhochschule angegliederten Konkordatsbetrieb entsteht ein Departement. Dozierende und

Mitarbeitende sehen sich mit einem Wechsel des Personalrechts und der Pensionskasse konfrontiert. Die Ablösung von Gehaltsbestimmungen des Bundes durch jene des Kantons führt zu Schwierigkeiten, da der Bund zu seinen Angestellten bekanntermassen grosszügiger ist als der Kanton Bern. So fällt zum Beispiel der Ortszuschlag von über 5000 Franken ersatzlos weg. Die Dozierenden und der Mittelbau lassen sich mit ihren Anliegen durch den BSPV beraten. Profhesbe, die Sektion der Fachhochschuldozierenden, zählt per Ende Jahr erstmals über 200 Mitglieder. Nur fünf Sektionen haben noch mehr Mitglieder.

Einen erfreulichen Mitgliederzuwachs konnte auch der Polizeiverband Bern-Kanton verzeichnen. Nur die BSPV-Sektion gilt als Sozialpartner des Polizeikommandos. Die ehemaligen Vereinigungen von Stadt- und Gemeindepolizisten haben keine verbandspolitische Zukunft. Immer mehr wird der Polizeiverband zur grössten und wichtigsten Sektion des BSPV. Seine Anliegen werden deshalb gehört und nach grösster Möglichkeit unterstützt. Die Unterbestände sind ein echtes Thema. Es wird nicht leicht sein, in den kommenden Jahren die Vakanzen zu füllen und die Abgänge zu ersetzen. Auf Ende Jahr wurde die Mitgliederadministration von der Geschäftsstelle des BSPV übernommen.

Der Kantonal-Bernische-Strassenmeister-Verband besteht seit 1914 und war einer der Grundpfeiler bei der Gründung des BSPV. Zurzeit zählt er noch sechs Untergruppen. Leider nimmt die Mitgliederzahl leicht ab, da die Verschlechterungen bei den Vergütungen und Spesen teilweise dem Verband angelastet werden. Mit fast 300 Mitgliedern bilden die Strassenmeister aber nach wie vor eine sehr wichtige Gruppe im BSPV. Verbesserungen bei den Kadern dürfen nie dazu führen, dass die Basis der handwerklich tätigen Kantonsangestellten vergessen geht. Leistungsträger interpretieren nicht nur Paragraphen, sondern tragen Schaufeln und Pickel. Nur mit allen gemeinsam kommt der Kanton Bern ans Ziel.

Die aktiven Sektionen haben einen starken Mitgliederzuwachs

Im Berichtsjahr konnte ein Zuwachs von 128 Mitglieder verzeichnet werden. Zudem wurde eine neue Sektion aufgenommen. Der positive Trend vom Vorjahr hält also an.

Es braucht grosse Anstrengungen, um als Verband bestehen zu können. All jene, die im vergangenen Jahr ein neues Mitglied gewonnen haben, verdienen Anerkennung.

Insbesondere die Sektionen mit ihren aktiven Vorstandsmitgliedern bilden das Rückgrat der Werbestrategie des BSPV. Jedes persönliche Gespräch nützt mehr als

hundert Inserate. Im Berichtsjahr konnten 128 zusätzliche Mitglieder überzeugt werden, dass es den BSPV braucht und sich der Mitgliederbeitrag rechtfertigt.

Mit der Sektion «Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs des Kantons Bern» konnte zudem eine aktive Sektion aufgenommen werden.

Totentafel

2010 verstarben 64 Mitglieder

Aegerter Peter, Lenk im Simmental
 Aeschbacher Rémy, Biel/Bienne
 Althaus Peter, Jegenstorf
 Baumann Werner, Aarau
 Blatter Andreas, Brienz
 Boder Francis, Savièse
 Boegli Elia, Porrentruy
 Bolz Heinz, Urtenen-Schönbühl
 Brunner Alexander, Dotzigen
 Burkhalter Samuel, Sorviller
 Denoth Mario, Bern
 Dubois André-M., Peseux
 Eggler Hans, Oberried am Brienzersee
 Enggist Jean-Daniel, Biel/Bienne
 Fahrni Hanspeter, Krauchthal
 Gächter Klara, Bern
 Gerber Esther, Hinterkappelen
 Grossenbacher Fritz, Ostermundigen
 Hadorn Arthur, Münsingen
 Joray Pierre, Biel/Bienne
 Kaltenrieder Andreas, Krattigen
 Kaser Adrian, Bätterkinden
 Kehrli Rosemarie, Bern
 Küenzi Alfred, Zollikofen
 Kuster Ferdinand, Bern
 Luder Hans, Gerolfingen
 Lüdi Heinrich, Lützelflüh
 Maurer Peter, Zollikofen
 Meer Erich, Bern
 Monnot Dominique, Bern
 Mühlemann Alfred, Bern
 Müller Paul, Solothurn
 Münger Heinrich, Bern
 Nydegger Armin, Brienz
 Nydegger Hans, Belp
 Nyffeler Otto, Rechterswil
 Oesch Hermann, Prêles
 Peters Dietmar, Laupen
 Rollat Eugène, Moutier
 Roos Annemarie, Zollikofen
 Rothenbühler Willi, Zollikofen
 Röthlisberger Rolf, Bern
 Rüegg Hanspeter, Erlach
 Rupp Johannes, Hünibach
 Ryser Paul, Huttwil
 Schär Daniel, Kerzers
 Schlüchter Christian, Schangnau
 Schneider Werner, Krauchthal
 Schnyder Hans, Bellmund
 Schreyer Werner, Schlosswil
 Siegenthaler Fritz, Corgémont
 Staub Fritz, Burgdorf
 Staudenmann Peter, Lyss
 Studer Hans Robert, Steffisburg
 Studer Kurt, Spiez
 Tännler Margrit, Unterseen
 von Below-Mauerhofer Milena, Bern
 Walter Rudolf, Biel/Bienne
 Weber Walter, Jegenstorf
 Weber Werner, Wabern
 Wetz Gottlieb, Boll
 Zbären Hans, Biel/Bienne
 Zimmerli Paul, Thun
 Zimmermann Ernst, Langenthal

Mitgliederstatistik 2010

Sektion	Dezember 2010	Differenz
Vereinigung Berner Ortsgruppen	676	-47
Höhere Angestellte	93	-2
Handwerker/Technisches Personal	141	4
Union du Personnel	51	2
Lehr- und Beratungskräfte Landwirtschaft	81	-1
Forstingenieure	34	3
Förster	61	-4
Forstpersonal	30	0
Wildhüter	29	0
Fischereiaufseher	7	0
Psychiatrische Klinik Bellelay	17	1
Psychiatrie Zentrum Münsingen	59	-4
Universitäre Psychiatrische Dienste Bern	20	-5
Inselspital	46	-10
Regierungsstatthalter	9	0
Richter und Staatsanwälte	138	1
Gerichtsschreiber	32	-2
Grundbuchverwalter	25	-1
Betreibungs- und Konkursbeamte	37	-1
Pfarrverein	381	-3
Anstalten Hindelbank	55	-5
Anstalten Thorberg	71	10
Anstalten Witzwil	61	-5
Jugendheim Prêles	36	4
Straf- und Massnahmenvollzug	61	7
Polizei	1345	116
Automobilexperten	58	5
Schulinspektoren	14	0
Berufsberater	34	0
Dozierende Universität	89	-1
Dozierende Berner Fachhochschule	155	27
Gymnasiallehrkräfte	134	8
Bibliotheksangestellte	55	-5
Strasseninspektoren	12	-2
Strassenmeister (6 Sektionen)	190	-17
Unterhalt Autobahn	46	-4
Sozialversicherungen	92	8
Gemeindepersonal Zollikofen	31	2
Einzelmitglieder	233	-8
Aktive Mitglieder inklusive Doppelmitglieder	4739	71
davon Doppelmitglieder	11	0
Total Aktive	4728	71
Rentnervereinigung	1801	57
Total Mitglieder	6529	128

Gratulation zum Verbandsjubiläum

2010 feierten 168 Mitglieder des BSPV ihre 25- oder 40-jährige Mitgliedschaft.

40 Jahre / 40 années

Anneler Adolf, Erlach
 Bähler Alfred, Ernen
 Bassin Raymond, Malleray
 Beyeler Walter, Münsingen
 Blaser Ruth, Oberdiessbach
 Blau René, Ostermundigen
 Boichat Francis, Ostermundigen
 Bur Martin, Münsingen
 Burri Ernst, Hilterfingen
 Caspar Lina, Winterthur
 Christen Ueli, Grafenried
 Claude Georges, Biel/Bienne
 Dräyer Walter, Oberburg
 Fuchs Ernst, Brienz
 Gfeller Elisabeth, Hasle-Rüegsau
 Graber Peter, Steffisburg
 Grossenbacher Johann, Zollbrück
 Hostettler Werner, Gambach
 Hueber Fritz, Hilterfingen
 Hurni Ernst, Meikirch
 Hyler Hans, Rüeggisberg
 Jenni Jörg, Konolfingen
 Jörg Klaus, Münchenbuchsee
 Jost Bruno, Liebefeld
 Känel Heinz, Thierachern
 Kästli Markus, Ostermundigen
 Kislig Samuel, Boll
 Klopfenstein Gerhard, Frutigen
 Kocher Kurt, Worben
 Leiser Franz, Etzelkofen
 Lisibach Kaspar, Ins
 Lüthi Klaus, Bern
 Lüthi Sylvia, Wabern
 Lüthi Werner, Bern
 Meloro Angelo, Bern
 Meyer Rudolf, Münchenbuchsee
 Montefusco Antonio, Münsingen
 Möri Peter, Seedorf
 Müller Martin, Faulensee
 Müller Ulrich, Wabern
 Münger Rudolf, Hinterkappelen
 Niederhauser Katharina, Bern
 Pauli-Fry Jean-Rodolphe, Biel/Bienne
 Pfäffli Hans, Thun
 Pollheimer Gerbert, Aeschi b. Spiez
 Rentsch Hans, Thun
 Rindlisbacher Anna, Bern
 Roy-Bourgeois Michel, Meinisberg
 Rufener Beat, Uetendorf
 Rychen Paul, Zollikofen
 Ryser Alfred, Niederönz
 Saurer Rudolf, Gerzensee
 Schafroth Jakob, Gals
 Schärz Erwin, Därligen
 Schenk Kurt, Muri b. Bern
 Schiltknecht Hans, Bern

Schneeberger Alfred, Moosseedorf
 Schneider Heinz, Bern
 Schweingruber Hans-Rolf, Bern
 Seiler Theodor, Bönigen b. Interlaken
 Siegenthaler Toni, Bern
 Stucki Fritz, Heimberg
 Stucki Theodor, Bern
 Tanner Ulrich, Bönigen b. Interlaken
 von Gunten Christian, Gampelen
 von Waldkirch Andreas, Grafenried
 Wahrenberger Oskar, Belp
 Wälti Hans-Peter, Langnau i. E.
 Wanzenried-Suter Katharina, Münchenbuchsee
 Wenger Adrian, Uetendorf
 Wiederkehr Fritz, Grindelwald
 Wirth Katharina, Kirchberg
 Wüthrich Hans-Martin, Bern
 Wüthrich Max, Burgdorf
 Wyss Martin, Zollikofen
 Ziegler Max, Bern
 Zürcher Klara, Hünibach

Gfeller Jean Mario, Moutier
 Graber Andreas, Gals
 Guldimann Alfons, Bern
 Gurtner Willi, Leissigen
 Habegger Jean-Daniel, Lyss
 Hadorn Hansueli, Bern
 Hänni Peter, Saanen
 Heutschi Ernst, Bern
 Hirsiger Ernst, Ostermundigen
 Hochuli Fritz, Belp
 Hodel Christian, Bowil
 Hofer Peter, Flamatt
 Holzer Hans, Oberönz
 Huber Thomas, Kleindietwil
 Hügli Bernhard, Busswil b. Büren
 Jäggi Beat, Wangen an der Aare
 Jenzer Remo, Steffisburg
 Jucker Markus, Meinisberg
 Kaspar Paul, Utzenstorf
 Kiener Hanspeter, Hinterkappelen
 Kocher Philippe, Lyss
 Lehmann Hans Rudolf, Reichenbach
 Leuenberger Theo, Grosshöchstetten
 Linder Beat, Utzenstorf
 Minnier Jürg, Lyss
 Moser Urs, Zollikofen
 Moser Walter, Freimettigen
 Musy Pierre-André, Aegerten
 Nägeli Markus, Thun
 Nyffenegger Heinz, Thun
 Plattner Andreas, Guttannen
 Probst-Weyermann Jrène, Orpund
 Racine Andréas, Nidau
 Roesti-Aeschbacher Gertrud, Thun
 Rohner Manfred, Rüfenacht
 Ruchti Hans, Aegerten
 Saudan Bernard, Villeret
 Schmidlin Josef, Niederbipp
 Schneider Eugen, Uettligen
 Schneider Fritz, Bolligen
 Schneider Michael, Lyss
 Seiler Johann, Bern
 Siegrist Werner, Oftringen
 Staudenmann Hans-Rudolf, Wichtrach
 Stierli Markus, Bern
 Stoll Paul, Rüscheegg Heubach
 Theiler Jakob, Einigen
 Thomet Marcel, Aegerten
 Urech Peter, Burgdorf
 Wenger Rolf, Boll
 Wenk Christoph, Adelboden
 Wüthrich Rudolf, Uettligen
 Wüthrich-Meyer Danièle, Nidau
 Zaugg Peter, Lyss
 Zingg Felix, Bolligen
 Zinsstag Agathe, Ostermundigen
 Zumbunn Kurt, Meiringen
 Zürcher Walter, Bleiken b. Oberdiessbach

25 Jahre / 25 années

Adamina Marco, Niedermuhlern
 Aebischer Paul Ulrich, Schwarzenburg
 Aeschlimann Markus, Goldswil b. Interlaken
 Balmer Hans-Walter, Ins
 Bärswyl Peter, Münsingen
 Bärtschi Rudolf, Münsingen
 Baumgartner Rudolf, Urtenen-Schönbühl
 Benz Werner, Thun
 Beyeler Hans-Rudolf, Prêles
 Biber Charles, Biel/Bienne
 Blaser Christian, St-Ursanne
 Blunier Rudolf, Hindelbank
 Bohnenblust Peter, Biel/Bienne
 Bregulla Heiner, Thun
 Burkhard Pia, Kirchberg
 Burri Gerhard, Aarberg
 Burri Narcisse, Gstaad
 Businger Hans, Zollikofen
 Calame Alain, Bremgarten b. Bern
 Christen René, Spiez
 Colombo Claude, Pieterlen
 Colombo Enrico, Bern
 de Limoges Denis, Bern
 Deuschle Adrian, Interlaken
 Diana Renato, Bolligen
 Dietrich Peter, Oberdiessbach
 Drück Hans, Bern
 Dummermuth Erich, Spiegel b. Bern
 Egger Peter, Biel/Bienne
 Fahrni Ernst, Lobsigen
 Feierabend Urs, Nidau
 Gerber Thomas, Krauchthal
 Gertsch Anton, Münsingen

Jahresrechnung 2010

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2009
Mitgliederbeiträge	700 000	729 430.75	707 155.00
Kapitalzinserträge	4 000	2 317.73	2 488.61
Coop-Rechtsschutz, Rückerstattung	0	686.00	694.75
KPT, Rückerstattung	16 000	20 488.95	16 905.75
Ausserord. Ertrag	0	1 841.50	272.85
Beitrag von angestellte bern	3 000	3 500.00	10 000.00
Total Ertrag	723 000	758 264.93	737 516.96

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2009
Abgeordnetenversammlung	10 000	8 271.10	11 958.45
Zentralvorstand	7 000	7 465.30	6 817.40
Geschäftsleitung und Delegationen	33 000	34 322.40	35 607.60
Personalaufwand	360 000	373 839.15	365 198.15
Sozialleistungen Arbeitgeber	81 000	67 698.50	74 760.10
Personalweiterbildung	3 000	1 205.00	4 270.00
Personalwerbung	0	2 670.85	0.00
Büromiete und Nebenkosten	55 000	51 317.15	52 158.50
Büro- und Verwaltungsaufwand	40 000	27 124.61	31 069.18
Anschaffung/Unterh. Mobilien und Einricht.	2 500	2 230.01	1 299.80
Informatikaufwand	16 000	17 271.75	13 803.10
Beiträge an Berufsverbände	12 000	11 160.00	10 948.50
Beitrag an REKA	7 000	6 475.00	5 915.00
Gemeinnützige Beiträge	500	0.00	0.00
Kurswesen	4 000	1 156.00	7 720.55
Werbung	40 000	25 178.85	49 574.55
Speisung Spez.finanz. Aktionen	6 000	6 000.00	20 000.00
Sondereinlage Speisung Spez.finanz. Aktionen	0	20 000.00	0.00
Steuern	1 000	10 720.30	5 47.70
Ehrungen und Diverses	8 000	2 638.00	5 796.35
Beitrag an «diagonal» (Ziff. 1.2)	37 000	41 693.05	29 400.30
Total Aufwand	723 000	718 437.02	726 845.23
Total Ertrag	-723 000	-758 264.93	-737 516.96
Ertragsüberschuss	0	39 827.91	10 671.73

1.2 Verbands-Organ «diagonal»

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2009
Inserate, Zeitungsabonnemente	15 000	14 368.20	17 055.45

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2009
Druckaufwand	35 000	40 296.50	33 335.25
Versand	12 000	11 868.20	8 924.05
Honorare	5 000	3 896.55	4 196.45
Total Aufwand	52 000	56 061.25	46 455.75
Total Ertrag	-15 000	-14 368.20	-17 055.45
Übertrag in Erfolgsrechnung	37 000	41 693.05	29 400.30

1.3 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2009	Passiven 2009
Kasse	1916.65		1 181.35	
Reisecheckkasse	16 374.25		7 184.25	
Postcheck	347 279.59		35 915.80	
Bank	228 277.47		73 050.87	
Wertschriften	6 550.00		6 237.00	
Diverse Debitoren	49 899.55		15 545.35	
Guthaben Verrechnungssteuer	657.35		823.10	
Mobilien, Einrichtungen, EDV	1.00		1.00	
Trans. Aktiven	85 614.40		90 388.30	
Diverse Kreditoren		69 934.21		33 960.53
Trans. Passiven		380 828.65		1 000.00
Steuerabgrenzung		10 000.00		0.00
Depotgeld Sekt. St. Johannsen		850.71		850.71
Depotgeld Sekt. Union du personnel		8 024.50		8 024.50
Eigenkapital		144 969.19		105 141.28
	614 607.26	614 607.26	148 977.02	148 977.02

2. Spezialfinanzierung Aktionen

2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	<i>Aufwand 2009</i>	<i>Ertrag 2009</i>
Bankspesen	9.70		8.85	
Aufwand Aktionen, Kundgebungen	2858.00		1855.00	
Kapitalzinserträge		2008.30		2482.81
Einlage aus allg. Verbandsrechnung		6000.00		20 000.00
Sondereinlage aus allg. Verbandsrechnung		20 000.00		0.00
Ertragsüberschuss	25 140.60		20 618.96	
	28 008.30	28 008.30	22 482.81	22 482.81

2.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	<i>Aktiven 2009</i>	<i>Passiven 2009</i>
Bank	368 634.31		363 327.66	
Guthaben Verrechnungssteuer	702.95		869.00	
Debitoren	20 000.00		0.00	
Diverse Kreditoren		1855.00		1855.00
Eigenkapital		387 482.26		362 341.66
	389 337.26	389 337.26	364 196.66	364 196.66

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV

	2010	<i>2009</i>
Allgemeine Verbandsrechnung	39 827.91	<i>10 671.73</i>
Spezialfinanzierung Aktionen	25 140.60	<i>20 618.96</i>
Ertragsüberschuss	64 968.51	<i>31 290.69</i>

4. Stiftung Unterstützungskasse

4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	<i>Aufwand 2009</i>	<i>Ertrag 2009</i>
Kapitalzinsaufwand	27.30		24.75	
Dienstleistungen Dritter	2271.45		4319.35	
Steuern	7200.00		2600.00	
a.o. Steueraufwand Vorjahr	129.85		0.00	
Rechtsschutzkosten	16 406.40		47 829.50	
a.o. Steuerrückerstattung Vorjahr		0.00		225.80
Kapitalzinserträge		3307.14		3470.41
Ertragsüberschuss Liegenschaft (Ziff. 4.3)		58 921.20		56 125.05
Ertragsüberschuss	36 193.34		50 47.66	
	62 228.34	62 228.34	59 821.26	59 821.26

4.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	<i>Aktiven 2009</i>	<i>Passiven 2009</i>
Bank	513 278.46		445 864.57	
Wertschriften	6050.00		5737.00	
Diverse Debitoren	0.00		1855.00	
Trans. Aktiven	1703.90		4418.10	
Guthaben Verrechnungssteuer	1047.95		1166.70	
Liegenschaft	722 951.00		753 074.00	
Fest-Hypotheken		250 000.00		250 000.00
Diverse Kreditoren		6227.45		14104.85
Trans. Passiven		2600.00		2600.00
Steuerabgrenzung		7200.00		2600.00
Eigenkapital		979 003.86		942 810.52
	1 245 031.31	1 245 031.31	1 212 115.37	1 212 115.37

4.3 Liegenschaftsrechnung

	Aufwand	Ertrag	<i>Aufwand 2009</i>	<i>Ertrag 2009</i>
Hypothekarzinsen	7150.00		8500.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	7304.70		7495.85	
Liegenschaftssteuern	1923.90		1923.90	
Abschreibung	30 123.00		31 378.00	
Ertragsüberschuss	58 921.20		56 125.05	
Mietzinseinnahmen		105 422.80		105 422.80
	105 422.80	105 422.80	105 422.80	105 422.80



Peter Bernasconi, président de l'APEB, se bat pour sauver les rentes.

Staub

Le système BEREBE se trouve en phase finale

Depuis le 1^{er} janvier 1997, le personnel de l'administration cantonale bernoise est rémunéré selon le système BEREBE. L'APEB était, à l'époque, très sceptique quant à la question de savoir si le Conseil-exécutif parviendrait à atteindre des objectifs haut placés. Depuis lors, la situation s'est clarifiée.

Avec beaucoup de bonne volonté et au prix d'un énorme effort, un nouveau système de rémunération fut introduit en 1997. 13 000 collaborateurs ont été soumis à un nouveau régime, dont tous attendaient monts et merveilles: plus de justice, moins d'arbitraire, une plus grande efficacité, une certaine souplesse et une capacité d'évoluer. Malheureusement, tous les objectifs n'ont pu être atteints. Personne ne pouvait deviner, il y a dix ans, comment les priorités financières allaient être fixées les années suivantes. Personne ne s'attendait à ce que les objectifs fixés ne pourraient être réalisés à aucun moment dans les années suivantes.

Le 7^e train de mesures d'économies arrêté en 1997 (plan d'assainissement de la législature 1999–2002) prévoyait certes des mesures dans 28 groupes de tâches et 40 sous-groupes. Ce qui n'était pas prévisible toutefois, c'était que d'autres trains de mesures allaient être décidés pour les années suivantes. Pour le personnel, le 9^e train de mesures (SAR: examen stratégique des tâches) allait être déterminant. Avec l'introduction de la «fausse mesure SAR» en 2002, la progression de la masse salariale a été fixée à 1,0 pour cent, certes pour une année et sans tenir compte du taux de renchérissement annuel effectif. Le plafonnement des moyens financiers

a été maintenu à 0,5 pour cent pour la compensation du renchérissement et à 0,5 pour cent pour les augmentations d'échelons de traitement, et ce jusqu'en 2006. Dans le même temps, les revenus résultant des fluctuations de personnel n'ont pas été utilisés pour des mesures salariales et des facteurs de correction ont été introduits pour la budgétisation des charges de personnel.

Des mesures aussi rigides n'ont fait qu'enterrer toute politique raisonnable en matière de salaires et conduire la progression salariale dans une impasse.

La suppression de la composante expérience du traitement, que l'on a prétendu,

à tort, automatique, a également été déterminante. Avec seulement quelques centaines de voix de différence, le projet populaire des associations de personnel a été rejeté de justesse le 28 novembre 2004.

Le fait qu'en freinant massivement la progression salariale, les finances cantonales ont pu être assainies, est prouvé par les excédents de recettes inscrits dans le compte d'Etat à partir de 1998. Presque pour chaque exercice, le budget a affiché un excédent de charges qui, par la suite, ne s'est pas concrétisé. Les excédents de recettes parfois considérables n'incluent pas les sommes versées pour les financements spéciaux (Fonds d'investissement hospitalier). Sans la constitution de ces réserves, les excédents de recettes auraient été bien plus considérables dans les années 2007–2010.

En novembre 2010, le Conseil-exécutif a, en se fondant sur une analyse approfondie, admis que la politique salariale menée ces dernières années était un échec et en a fait rapport au Grand Conseil ainsi qu'à ses commissions de surveillance. Avec quelque étonnement, on a pris connaissance du fait que 3,6 milliards de francs au total ont été épargnés aux dépens du personnel. Les associations de personnel avaient depuis longtemps prédit cette évolution, mais furent trop peu suivies dans leurs revendications découlant de cette constatation.

Le fait que ce soit justement à une période où l'endettement persiste, où les impôts sont abaissés et où les ressources viennent à manquer, l'on doit brusquement changer de cap place les responsables devant des défis quasi insurmontables. En clair, le canton ne pourra plus s'acquitter de toutes les tâches assumées antérieurement et, s'agissant des investissements, notamment lors de la reprise de nouvelles tâches, devra faire preuve de modération et fixer des limites. Le Grand Conseil également devrait réduire notablement les dépenses supplémentaires découlant des interventions parlementaires.

Elections au Grand Conseil en 2010

L'APEB avait recommandé à ses membres, en vue des élections de mars au Grand Conseil, au total 19 candidates et

candidats affiliés à l'association et appartenant à différents partis politiques. Onze d'entre eux ont été élus, la plupart se plaçant en tête de liste. L'engagement dont font preuve les représentants de notre association est manifestement très apprécié.

Il faudra encore attendre pour savoir quelles conséquences la nouvelle composition du Grand Conseil aura sur la politique à venir en matière de personnel. En adoptant le postulat Burkhalter-Bernasconi concernant la progression de la masse salariale en 2011, le Parlement a déjà donné un premier signal

Des allègements de charges pour le personnel

L'article 93a de la loi sur le personnel prévoit que des allègements peuvent être accordés au personnel jusqu'à cinq pour mille de leur salaire annuel. Et ce notamment pour le financement de réunions, la réduction du prix des abonnements des transports publics et la mise à disposition de places de crèche. Une bonne idée. Pour l'année 2009, seul 1,5 pour mille a été mis à disposition. Cela a suffi pour accorder 90 francs par personne, ce qui fut apprécié.

Pour l'année sous revue, la contribution pour allègements a été fixée à zéro

Revendications salariales en 2010

Les associations de personnel du canton de Berne exigent depuis de nombreuses années la pleine compensation du renchérissement, une augmentation individuelle de trois échelons en moyenne ainsi que des mesures spéciales en faveur des collaborateurs qui, malgré de bonnes performances, ne sont pas rémunérés selon le nombre d'échelons auxquels ils auraient droit. A quoi il faut ajouter deux exigences justifiées: cinq semaines de vacances pour tous et de bonnes conditions de travail sur le plan qualitatif. Les revendications de l'APEB ont eu un écho positif dans les médias. Elles passent pour être pleinement justifiées dans la mesure où le financement est assuré.

pour cent. Le repas de Noël a donc dû être pris en charge par le collaborateur lui-même. En est-il ainsi partout dans le secteur privé, que l'on prend souvent pour exemple?



Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB: Succès au grand conseil.

Staub



Une nouvelle section renforce les rangs de l'APEB.

Burkhalter

La participation active est requise à tous les échelons

Au travers d'un sondage, la direction de l'APEB a pris le pouls de ses membres. Dans les réunions des sections, on parle franchement. Les opinions adressées au secrétariat sont prises au sérieux. L'APEB veut faire ce que l'on attend qu'elle fasse. Même si tous ne souhaitent pas la même chose.

Un membre qualifie l'APEB d'«association d'amateurs» et donne ensuite sa démission. Cela donne à réfléchir. Certains députés au Grand Conseil trouvent l'APEB trop revendicative. C'est pourtant ce que nous recherchons. Et nombreux sont ceux qui nous envoient des cartes de remerciements, nous donnent des signes d'encouragement par e-mails ou expriment leur satisfaction d'une manière ou une autre. Nous en sommes heureux.

Ces réactions de nos membres sont une motivation pour l'action des organes de l'association. Le mécontentement croissant à propos des conditions de travail auxquelles sont soumis les employés cantonaux a eu un certain retentissement. Il a eu un impact sur la présence et l'engagement de l'APEB en 2010 et aboutira à d'autres mesures en 2011. Grâce à un nouvel accroissement de ses effectifs et à son développement interne, l'APEB se trouve renforcée à tous les niveaux.

Direction

Dans une composition inchangée, la direction, formée de neuf membres, s'est réunie à huit reprises.

Elle fit analyser, dans l'année sous revue, la situation financière par le biais de deux études externes et procéda à de légères corrections. Suite au séminaire de novembre 2009 et au sondage réalisé en 2010 auprès des membres, les mesures nécessaires ont été prises. En outre, la direction a décidé l'adhésion à l'association «Berufsschule für Verwaltung Bern» et à l'association «Gewerkschaftliches Netzwerk 2. Säule» pour le début de 2011. Les consultations devant être débattues ont été beaucoup moins nombreuses qu'habituellement. Ce qui s'explique aussi par le fait que d'importantes affaires ayant trait au personnel ne sont pas toujours soumises pour corapport à l'APEB. Ainsi, par exemple, la nouvelle réglementation sur les indemnités pour les cantonniers.

Protection juridique

La commission Protection juridique a traité au cours de huit séances 54 cas de protection juridique. Le nombre d'affaires juridiques augmente même si le secrétariat, dans son activité de médiation, est parvenu à obtenir de très bons résultats. Le refus de certaines assurances de reconnaître leur obligation de fournir des prestations cause parfois des soucis. Les problèmes au sujet de l'obligation de payer des assurances sociales sont très complexes et mènent à des négociations souvent laborieuses. Par son soutien externe, l'APEB fournit dans ces questions auxquelles les plus jeunes collaborateurs cantonaux ne pensent souvent pas un travail remarquable.

En outre, la mise en œuvre de la réforme de l'organisation judiciaire a entraîné des différences non négligeables.

Ici et là, le recours à des cadres du secteur privé a causé maintes difficultés. Sou-

vent, le droit en vigueur est escamoté avec une certaine désinvolture.

Le comité central

Le comité central s'est réuni en avril à Berne et en octobre à Thoune. Au cours de la réunion du printemps, il a été pris acte de la démission de Urs Gasche, directeur des finances.

En octobre, le comité central s'est prononcé dans le cadre d'un vote consultatif pour la mise en oeuvre de mesures de lutte en 2011. Le fait que la décision ait été prise à la quasi-unanimité (une seule opposition) témoigne de son homogénéité et de l'esprit solidaire qui l'anime.

Lors des deux réunions, le rapport présenté par la direction a suscité une attention particulière parmi les participants. La protection juridique et la politique cantonale, notamment les caisses de pension et la progression salariale, ont été les thèmes centraux abordés lors des réunions.

L'assemblée des délégués

Conformément à la tradition, l'assemblée des délégués a eu lieu en juin à l'Hôtel du Gouvernement à Berne. Au nombre des participants on comptait 113 votants et quelques invités. Dans son exposé intitulé «Le canton en tant qu'employeur – attentes et domaines sensibles», un discours engagé, le conseiller d'Etat Hans-Jürg Käser a rappelé les forces et les faiblesses dans le domaine du personnel. Ses objectifs en matière de politique du personnel rejoignent pour une bonne part ceux de l'APEB.

Outre les affaires ordinaires, l'assemblée des délégués a adopté le règlement remanié sur les consignes de vote. A l'unanimité fut également adoptée une résolution en faveur des employés de la Ville de Berne. Sans consultation préalable des partenaires sociaux, le législatif de la ville avait tenté de rehausser l'âge de la retraite de 63 à 65 ans. L'APEB peut se féliciter d'avoir à nouveau pu accueillir en son sein, avec la section «Personnel chargé de l'exécution des peines et des mesures», un groupe très actif et très engagé.

Au terme de l'assemblée, l'APEB a honoré deux douzaines de membres présents pour leurs quarante ans d'affiliation à l'association.

128 membres de plus et une nouvelle section

En 2010, 128 membres supplémentaires se sont joints à l'effectif de l'APEB. Et avec l'affiliation de la section «Personnel chargé de l'exécution des peines et des mesures du canton de Berne», l'APEB s'est enrichie d'une section très active. Celle-ci est d'un grand renfort pour l'APEB et montre que l'on a un urgent besoin de cette dernière.

Les sections

Les sections forment pour ainsi dire la colonne vertébrale de l'association.

Suite à la mise en oeuvre de la réforme de l'organisation judiciaire, l'«association des juges» a été fortement mise à contribution. Elle s'est nouvellement reconstituée sous l'appellation de «société des juges et des procureurs bernois». Dans d'autres cantons, les juges et les procureurs sont représentés dans des organisations distinctes. Ce qui n'est pas le cas pour le canton de Berne. C'est d'ailleurs le signe d'une volonté commune de coopérer.

Pour l'année 2012, on prévoit la cantonalisation de la Haute école suisse d'agronomie. L'établissement concordataire, affiliée déjà aujourd'hui à la Haute école spécialisée bernoise, est appelée à devenir un département. Les enseignants et les employés devront faire face à un changement de la législation sur le personnel et les caisses de pension. Le remplacement des dispositions fédérales sur les traitements par les dispositions cantonales entraînera des difficultés car la Confédération offre de meilleures conditions que le canton.

L'Association de police Bern-Canton a également pu enregistrer avec satisfaction une hausse de ses effectifs. La section de l'APEB est la seule habilitée à représenter les intérêts du Commandement de police. Les anciennes associations de police communales et municipales n'ont plus d'avenir en matière de politique syndicale. L'association de police s'affirme de plus en plus comme la plus grande et la plus importante section. Aussi ses revendications sont-elles examinées avec le plus grand soin et sont, autant que possible, soutenues. Les sous-effectifs dans le corps de police restent un thème majeur.

L'association cantonale bernoise des cantonniers existe depuis 1904. Elle a

constitué l'un des piliers lors de la création de l'APEB. Actuellement, elle compte encore six sous-groupes. On déplore à l'heure actuelle une légère baisse de ses effectifs, étant donné que certains tiennent l'APEB pour responsable de la dégradation des conditions de travail en ce qui concerne les indemnités et les compensations. Réunissant presque 300 membres, les cantonniers continuent de former l'un des groupes importants au sein de l'APEB. Les facilités dont bénéficient les cadres ne doivent pas avoir pour effet de négliger la base, les hommes du terrain, ceux qui ne font pas qu'interpréter les lois mais qui manient la pelle et la pioche.

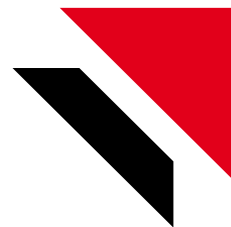
De nouvelles impulsions intéressantes sont venues de la nouvelle section «Höhere Angestellte Bern». Des thèmes importants comme les indemnités de départ et le temps de travail basé sur la confiance ont été traités au Grand Conseil. Les personnes directement concernées doivent pouvoir se prononcer. Réunissant désormais 160 membres, la section «cadres cantonaux I» s'est renforcée.

L'association des retraités s'est aussi montrée très active. L'effectif s'accroît d'année en année. Ce qui est réjouissant du point de vue de la section. D'un autre côté, cet accroissement est aussi le reflet du pourcentage élevé de personnes âgées parmi le personnel dans le canton de Berne. Cette remarque vaut également pour l'effectif des membres de l'APEB. L'un des thèmes récurrents traités dans la section est la compensation du renchérissement insuffisante pour les rentes. Les caisses de pension étant sans cesse sous pression, l'écart sera toujours plus grand, ce qui créera des soucis financiers pour un grand nombre de personnes concernées.

Rapport annuel 2010

BSPV
APEB

www.bspv.ch



12 Progression salariale

Le système salarial en vigueur a échoué

Le système BEREBE était bien conçu, raisonnable, mais il s'est heurté à un écueil: le refus de son financement.

4 Les caisses de pension

Pas de solutions globales en vue

Changement imposé du système de primauté, modifications du droit fédéral, prestations insuffisantes. Les caisses de pension inquiètent.

14 Organes de l'association

Du succès grâce à des sections actives

Les membres, qui forment la base, se sentent bien représentés dans les sections et dans l'organisation centrale, cela motive et mène au succès.

Rappel

L'APEB a agrandi son effectif

L'APEB a une fois de plus agrandi son effectif. Il a ainsi plus de poids. Vous trouverez les détails à la page 8.

Le compte annuel 2010

Les comptes se sont soldés par un bénéfice considérable. Vous trouverez les détails aux pages 10 et 11.

Editorial



Des améliorations salariales aussi pour les jeunes.

Staub

Améliorations à la dernière minute

L'APEB se doit d'être plus combative. Les membres exigent avec véhémence des améliorations. Le Grand Conseil et le Conseil-exécutif en ont pris conscience.

Par le comité directeur de l'APEB

Au dernier moment, l'APEB est parvenue à faire en sorte que des moyens financiers plus importants soient mis à disposition pour les mesures salariales. Par le biais d'une motion urgente, les députés Matthias Burkhalter, Peter Bernasconi et Blaise Kropf ont exigé que des sommes plus considérables soient prévues dans le budget 2011. La motion Burkhalter et Bernasconi a été adoptée sous la forme non contraignante d'un postulat par 95 voix contre 49.

Là-dessus, le Conseil-exécutif s'est résolu à mettre à disposition davantage de moyens financiers. Au lieu de n'accorder qu'une compensation du renchérissement de 0,7 pour cent, il a aussi prévu des augmentations de salaire individuelles.

L'APEB a certes remporté un succès. Mais cela ne suffit pas. Le point positif à relever est que le Grand Conseil nouvellement élu et le Conseil-exécutif ont enfin admis que la politique salariale menée ces dix dernières années a échoué.